



Auszug aus dem substantziellen Protokoll 103. Ratssitzung vom 10. Juli 2024

3484. 2024/266

**Dringliches Postulat von Severin Meier (SP), Selina Walgis (Grüne), Tanja Maag (AL) und 16 Mitunterzeichnenden vom 05.06.2024:
Humanitäre Situation in Gaza, Beitrag an die «United Nations Relief and Works Agency for Palestine Refugees in the Near East» (UNRWA) oder eine andere internationale Organisation**

Die Beratung wird fortgesetzt (vergleiche Sitzung Nr. 102, Beschluss-Nr. 3484/2024).

Weitere Wortmeldungen:

Michael Schmid (FDP): *So wie das Postulat formuliert und begründet ist, ist es Ausdruck einer abgehobenen Machtanmassung der rot-grünen Ratsseite ohne Rücksicht auf die verfassungsmässige Ordnung. Der Stadtrat hat die Kompetenz zur Gewährung von Beiträgen für humanitäre Hilfe. Von dieser Kompetenz machte er in Bezug auf Gaza Gebrauch. Am 31. Januar 2024 wurde ein humanitärer Beitrag an die Glückskette zugunsten der Zivilbevölkerung in Gaza geleistet. Auswärtige Angelegenheiten sind ausschliesslich Sache des Bundes. Den Postulanten geht es nicht um humanitäre Hilfe, sondern um Aussenpolitik. Das wird in der Begründung deutlich: Der Bund habe seine Spende von 20 Millionen Franken auf 10 Millionen Franken reduziert, was verheerend für die «United Nations Relief and Works Agency for Palestine Refugees in the Near East» (UNRWA) sei. Die Konsequenz daraus sei, dass nun die Stadt anstelle des Bundes Aussenpolitik betreiben müsse. Das geht so nicht. Dass die Stadtpräsidentin zu Beginn ihres Votums meint, dass es um humanitäre Hilfe und nicht um Aussenpolitik gehe, ändert an dieser Sache nichts. Es scheint, als hätten sowohl die Postulant*innen als auch die Stadtpräsidentin den Colonna-Bericht nicht gelesen, wenn sie behaupten, dass dieser die UNRWA in allen Punkten entlaste. Severin Meier (SP) spricht davon, dass in diesem Bericht Haarsträubendes zutage kam. Der Bericht listet 50 Verbesserungsvorschläge auf – von einem Persilschein ist nicht zu sprechen. Es gilt, die verfassungsmässigen Zuständigkeiten zu respektieren und das unveränderte Postulat abzulehnen. Sollte dieses überwiesen werden, könnte es ein Fall für die Aufsichtsbehörde sein, da es Kompetenzen infrage stellt. Nehmen Sie die Textänderung der GLP an, könnten wir uns eine Zustimmung überlegen.*

Ronny Siev (GLP): *Die UNRWA ist seit 75 Jahren im Nahen Osten tätig. Zu Frieden und Wohlstand trug sie nicht bei – im Gegenteil, sie erhält den Konflikt am Leben und ist Teil des Problems. Kinder lernen in der Schule problematische Inhalte, die sie zum Kämpfen*



gegen Juden anstacheln, bis Israel zerstört ist. Daran sind viele Lehrpersonen beteiligt. Dadurch findet eine Radikalisierung statt und es verwundert nicht, dass ein Grossteil der beteiligten Terroristen am 7. Oktober 2023 UNRWA-Schulen besucht hatten. Zudem sind 1200 Hamaskämpfer UNRWA-Angestellte. Der Judenhass ist die Ursache des Konflikts und der begann lange bevor es Israel gab. Darum finde ich es gut, dass die Aussenpolitische Kommission des Nationalrats entschieden hat, dass die UNRWA durch eine andere Organisation abgelöst werden sollte. Die UNRWA ist mit ihren Tätigkeiten kein Hilfswerk. Das Ziel des Colonna-Berichts war es, die spendenden Länder ruhigzustellen – Frau Colonna war bis vor dem Verfassen des Berichts Teil des UNRWA «Advisory Boards». Die linke Ratsseite wurde nun ruhiggestellt. Der zentrale Punkt, die Neutralität der UNRWA-Mitarbeitenden, wurde im Bericht nicht untersucht. UNRWA-Mitarbeitende hielten selbst Geiseln fest. Es ist schwierig, dass eine solche Organisation Geld von der Stadt erhalten soll, obwohl es andere Optionen wie das World Food Programme gibt. Es ist der Gipfel der Perversion, dass jüdische Stadtzürcher eine Organisation mitfinanzieren müssen, die in Symbiose mit der Hamas steht, die das grösste Massaker an den Juden seit dem Holocaust ausübte. Nehmen Sie das Postulat nur mit Textänderung an.

Dominik Waser (Grüne): Dem Votum von Severin Meier (SP) schliesse ich mich an. Die Informationen, Bilder und Videos aus dem Gazastreifen sind wahrscheinlich für alle unerträglich. Die Zivilbevölkerung verhungert und man hat nicht die nötige medizinische Versorgung oder Zugang zu lebensnotwendigen Gütern. Dass Menschen um ihre Existenz kämpfen müssen und die Welt dabei zusieht, macht mich betroffen – besonders als Mensch, der an einem überprivilegierten Fleck der Welt wohnt. Über die Hintergründe des tragischen Kriegs können wir lange diskutieren, doch darum geht es heute nicht. In diesem Vorstoss geht es um humanitäre Hilfe, auch wenn das nicht alle gleich sehen. Die UNRWA ist ein Gerüst der humanitären Hilfe, die sie nicht perfekt leistet, aber ohne deren Organisation in diesem Bereich wenig geschieht. Aus diesem einfachen Grund ist es wichtig, dass wir u. a. dieses spezifische Hilfswerk unterstützen. Es ist schade, dass wir diese Debatte hier nicht führen können. Es gäbe andere Organisationen, aber die haben massiv kleinere Kapazitäten und können nicht die erforderliche Flächenwirkung erzeugen. Zu sagen, dass wir humanitäre Hilfe nicht leisten, weil die Organisation nicht perfekt ist, hat wenig mit der sonst hochgelobten humanitären Tradition der Schweiz zu tun. Die vorherigen Vorwürfe gegenüber den Linken finde ich teilweise absurd, auch in der Thematik der Aussenpolitik. Die nationalen Parteien der FDP, Die Mitte und GLP stimmten zu, dass man Teile dieser Gelder spricht. Als Stadt Zürich sollten wir unseren Beitrag leisten: Es ist keine Kompetenzüberschreitung, humanitäre Hilfe zu leisten.

Marita Verbali (FDP): Die Stadt soll der UNRWA kein Geld überweisen. Es gibt viele Gründe dafür. Es gibt viele Hinweise und Belege, dass die Hamas die Organisation finanziell unterstützt. Die Schweizer Regierung kritisierte bereits im Jahr 2021 stark, dass die Lehrbücher der UNRWA antisemitische und einseitige Inhalte verbreiten. Es kann nicht sein, dass Steuergelder für Bildungsprogramme gesprochen werden, die Hass und Gewalt gegen Juden fördern. Anders als von der Stadtpräsidentin und anderen Rednerinnen und Rednern gesagt, hat der Bundesrat dieser Organisation keinen Persilschein



*ausgestellt. Etliche Missstände wurden festgestellt. Der Bundesrat gab 10 Millionen Franken nur unter strengsten Bedingungen frei. Darum sollte die Stadt keine Organisation unterstützen, deren Aktivitäten und Verbindungen fragwürdig sind. Notleidenden Menschen sollte direkt geholfen werden. Es gibt andere Organisationen, die sicherstellen können, dass die Gelder Menschen in kritischen Situationen zugutekommen und die nicht verdächtigt werden, mit Terrorismus in Verbindung zu stehen. Wir plädieren dafür, dass die Stadt kein Geld an die UNRWA überweist. Wir müssen sicherstellen, dass die finanzielle Unterstützung tatsächlich Menschen hilft und nicht in falsche Hände gerät. Man sollte sich bewusst sein, welches Zeichen wir gegenüber der jüdischen Bevölkerung in der Stadt setzen. Die UNRWA ist für die meisten jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürger kein akzeptabler Partner – und nun sollen sie mit ihren Steuergeldern diese Organisation unterstützen? Falls die linke Ratsseite die Textänderung der GLP nicht akzeptiert, ist es ein expliziter und bewusster Affront gegenüber unseren jüdischen Mitbürger*innen.*

Samuel Balsiger (SVP): *Bei diesem Thema muss man zu Beginn feststellen, dass die Opferlage tragisch ist. Man kann nicht oft genug sagen, wie schlimm das auf beiden Seiten ist. Die arabische Kultur ist sehr wertvoll und wir dürfen nicht den Fehler machen, dass wir uns von dem Gift, das die Hamas verbreiten will, anstecken lassen. Den Hass dürfen wir nicht zu uns bringen. Jedes unschuldige Opfer ist bedauernswert. Festgestellt werden muss auch, dass man die Zivilbevölkerung in Gaza nicht von der Hamas trennen kann. Wenn die Hamas in Israel Gräueltaten begeht, jubelt die Zivilbevölkerung, weil die Hamas den Erzfeind Israel hart getroffen hat. Die Hamas ist eine faschistische Terrororganisation. Es gibt keinen Rechtsstaat in Gaza. Wenn Sie einen Vorstoss einreichen, der eine Organisation unterstützen soll, die zu einem grossen Teil aus Menschen mit Hamas-Nähe besteht, unterstützen Sie die Organisation ideell und mit Steuergeldern. Wenn Sie die Entwicklung der beiden Regionen ansehen, ist Israel ein liberaler, westlicher Staat. Bei Gaza ist das nicht der Fall. Sie unterstützen Hass und Gewalt, wenn Sie Organisationen unterstützen, die der Hamas nahestehen. Solche Vorstösse können Sie für die öffentliche Profilierung in den Medien einreichen, aber auf den Ausgang des Kriegs und den Frieden haben sie keine Wirkung. Ob Sie Moral vertreten, hat aber Einfluss. Die Führer der Hamas sind Milliardäre. Woher kommt das Geld? Das sind westliche Hilfgelder, die die Hamas abzapft. Sie wollen den Hass unterstützen und das ist schlimm.*

Moritz Bögli (AL): *Es ist nichts Neues, dass die Stadt Hilfsorganisationen Geld gibt. Die Darstellung Israels als liberale Demokratie, die offen für alles sei, ist mehr als fraglich, wenn man die Situation der Menschenrechte betrachtet. Schlussendlich geht es nicht um Schuld, sondern um Menschlichkeit und wie Palästinenser*innen seit Monaten bei uns in der Schweiz, aber auch in anderen europäischen Staaten verunmenschlicht werden. Vor Kurzem erschien in «The Lancet», einer der renommiertesten medizinischen Fachzeitschriften, eine konservative Schätzung von 186 000 Todesopfern. Das sind 8 Prozent der Bevölkerung des Gazastreifens. Das Postulat ist das Minimum an Menschlichkeit und Solidarität mit einer leidenden Bevölkerung. Praktisch alle Menschen in Gaza leiden an Hunger. Ich empfinde es als das Mindeste, dass wir uns in diesem Rat mit sterbenden und hungernden Menschen solidarisieren. Das Postulat ist keine Lösung des Konflikts,*



das ist nicht das Ziel. Es ist auch kein Weg, mit dem steigenden Antisemitismus in der Schweiz umzugehen. Mit diesem Beitrag zeigen wir, dass es uns nicht egal ist, dass hunderttausende Menschen vom Hungertod bedroht und zigtausende gestorben sind.

Severin Meier (SP): *Dass es in Gaza keine humanitäre Katastrophe gäbe, wäre mir neu. Stefan Urech (SVP) bezieht sich auf einen freischaffenden Journalisten der Aargauer Zeitung, der schreibt: «Es gibt keinen Zweifel: In Gaza spielt sich eine humanitäre Katastrophe ab». Daraus insinuiert Du, dass alles nur halb so schlimm sei, obwohl die gesamte westliche Welt von einer humanitären Katastrophe ausgeht. Interessant, dass das für die SVP Zürich zur Debatte steht. Von der Die Mitte und FDP hörten wir, dass das Aussenpolitik sei und wir die Sache nicht materiell behandeln könnten. Anscheinend ist es keine Aussenpolitik, wenn die Textänderung angenommen wird. Diese Logik müsst Ihr mir erklären. Von der GLP hörten wir, dass wir das Geld nur als Ergänzung zum Bund geben dürften. Das ist tatsächlich so: Wir ergänzen den Bund in seiner Entscheidung: Er zahlt der UNRWA 10 Millionen Franken aus und die Stadt ergänzt ihn dabei. Hier sehe ich keinen Widerspruch. Seid Ihr euch bewusst, dass Ihr euch gegen eure nationalen Mutterparteien stellt? Ronny Siev (GLP) erwähnte Alternativen wie das World Food Programme. Das ist wohl die wichtigste humanitäre Organisation weltweit, doch von dieser arbeiten nur 29 Personen in Gaza. Mit so wenigen Menschen kann man keine humanitäre Hilfe für eine Bevölkerung von 2,2 Millionen Personen leisten. Das benötigt etablierte humanitäre Strukturen eines Akteurs, der seit Jahren aktiv ist. Die UNRWA kann man zurzeit nicht ersetzen. Diese Information habe ich vom Bundesrat, der in Beantwortung der Motion Zuberbühler am 22. Mai 2024 schrieb: «In der derzeitigen Situation konnten deren Aufgaben [UNRWA] nicht von einer anderen Organisation übernommen werden».*

Sven Sobernheim (GLP): *Severin Meier (SP) bat den Stadtrat, das Postulat schnell zu prüfen, doch normalerweise nutzt der Stadtrat die 2 Jahre Bearbeitungszeit. Das Postulat muss also zukunftsgerichtet funktionieren. Es braucht unsere Textänderung, auch weil wir davon ausgehen müssen, dass der Bund seine Meinung immer wieder ändert. Darum widersprechen wir unserer Mutterpartei nicht, wenn wir den Bund schlicht in seinen Zahlungen nach Palästina und nicht an eine spezifische Organisation unterstützen.*

Karin Weyermann (Die Mitte): *In der Begründung des Postulats steht, dass das Geld gesprochen werden soll, weil der Bund nur 10 Millionen Franken vorsieht. Mit dieser Logik stellt ihr euch als Gemeinderat an die Stelle des Bundes. Das verstehen wir als Aussenpolitik und nicht als reine humanitäre Hilfe, wie sie dem Gemeinderat zusteht. In Widerspruch zu unserer Mutterpartei stehen wir nicht, da wir Aussenpolitik als Sache von Bern sehen und nicht kommentieren, wie Die Mitte dort entscheidet. Wenn die Textänderung angenommen wird, sehen wir im Postulat reine humanitäre Hilfe.*

Stefan Urech (SVP): *Die Unterstellung von Severin Meier (SP), dass ich meinte, in Gaza sei alles halb so wild und die humanitäre Situation sei nicht ernst, ist perfide und billig. Ich sagte nur, dass ihr die Totenzahl der Kinder direkt aus einer Hamas-Quelle habt.*



5 / 5

Dazu wurde in der Diskussion nicht Stellung genommen. Dass ich die humanitäre Situation leugnen würde, ist völlig absurd. Der Einzige, der sich von linker Seite zu den Problemen der UNRWA äusserte, ist Dominik Waser (Grüne). Doch seine Schlussfolgerung finde ich haarsträubend. Diese Organisation ist faschistisch, hochkorrupt und unterstützt offensichtlich Terrororganisationen. Das wird von ihm als «nicht perfekt» zusammengefasst. Jeder Rappen an die UNRWA verlängert den Konflikt und sie dürfen keinen mehr bekommen, damit sich die humanitäre Situation verbessert.

Tanja Maag (AL): *Niemand von uns kann eine genaue Anzahl der Todesopfer nennen, aber ich möchte die Schätzung der palästinensischen Gesundheitsbehörde von 14 000 toten Kindern in den Raum stellen. Es gibt genügend Beweismittel, wie viele Menschen an Hunger oder direkt im Konflikt starben. Dass die gesamte Bevölkerung Palästinas von Hunger bedroht ist, ist von zuverlässiger Quelle belegt. Tote Kinder schüren Hass. Mit diesem Postulat versuchen wir, dem zu entgegnen. Die humanitäre Katastrophe soll mit einem kleinen Beitrag, der in unseren Möglichkeiten steht, gelindert werden. Menschen verhungern zu lassen, obwohl Hilfe organisierbar ist, steht ausser Frage. Die Ablehnungserklärung der Die Mitte finde ich dürftig. Ihr seht es nicht als eure Aufgabe, als Stadt für den Bund einzuspringen, würdet aber mit der Textänderung genau das machen. Mehrmals hörten wir heute, dass die UNRWA die einzige Organisation ist, die die nötigen Strukturen hat, Hilfsgüter in Gaza zu verteilen. Kein einziger der Vorwürfe gegen sie konnte belegt werden: weder die Infiltration des Hilfswerks, noch die Behauptung, dass die Organisation Hilfsgelder missbrauche. Viele der Vorwürfe wurden in einem unabhängigen Bericht geprüft. Dieser nennt ernstzunehmende Empfehlungen, doch das ändert nichts daran, dass die Organisation verankert und mit den Leuten in Kontakt ist. Da kann man ihnen keine Verflechtung oder Terrorismus vorwerfen. Zu Michael Schmid (FDP), der die mickrige Spende von 100 000 Franken an die Glückskette nannte: Dieser Betrag bringt nichts, es braucht mehr Geld. Da der Bund nur die Hälfte des ursprünglichen Betrags sprach, sehen wir es als unsere Pflicht, zu tun was wir können und den Beitrag zu ergänzen. Die Textänderung nehmen wir nicht an – damit wäre das Postulat entkernt.*

Das Dringliche Postulat wird mit 58 gegen 47 Stimmen (bei 5 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat